



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn 12.10.2023 / 09:00 Uhr (Ortszeit) / 10:00 Uhr deutsche Zeit

Kernaussagen

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

und des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds

Karolin Schriever

anlässlich des DSGVO-Pressegesprächs bei der Jahrestagung
von Weltbank und Internationalem Währungsfonds

am 12. Oktober 2023 in Marrakesch

Themenfeld 1: Wirtschaftsentwicklung.

Leitfrage: Wird Deutschland abgehängt und was bedeutet das für unseren erreichten Wohlstand?

Kernaussagen von DSGVO-Präsident Helmut Schleweis:

- Die Weltwirtschaft durchläuft eine **Schwächephase** und wird mit ständig neuen Krisen konfrontiert. Zu den schon bestehenden geopolitischen Unsicherheiten kommt jetzt auch noch der terroristische Angriff der Hamas auf Israel hinzu. Vieles wird davon abhängen, ob dieser schreckliche Krieg regional begrenzt werden kann. Sollte sich eine Mittäterschaft des Iran abzeichnen, könnten über den **Ölpreis** spürbare Auswirkungen auf die Weltkonjunktur folgen.
- Stand jetzt erwarten wir ab 2024 eine **leichte wirtschaftliche Erholung** – schon weil die in den Krisen aufgeschobenen Investitionen schrittweise nachgeholt werden.
- **Europa** benötigt für die Erholung etwas länger. Aber auch hier erwarten wir im nächsten Jahr sinkende Inflationsraten und ein leicht positives Wachstum.
- **Deutschland** ist in diesem und wohl auch im nächsten Jahr im Vergleich der Industrieländer das Schlusslicht. Ursachen sind unsere hohe Exportabhängigkeit, aber auch spezifische strukturelle Schwächen. An den Schwächen kann mit entschlossenen Maßnahmen wirksam gearbeitet werden!
- Die vergangenen Jahre bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie waren maßgeblich bestimmt von Globalisierung, jederzeitiger Verfügbarkeit von Waren und niedrigsten Zinsen. Diese Phase ist zu Ende. Die nächsten Jahre werden geprägt sein von **geopolitischen Spannungen, Knappheiten und immer noch zu hoher Inflation**.
- Besonders für Europa spielen die **drei großen D´s -Deglobalisierung, Demografie und Dekarbonisierung** - eine entscheidende Rolle. Sie dämpfen das Wachstum und halten den Inflationsdruck hoch. Für Deutschland kommen zwei weitere D´s hinzu – die Gefahr der **De-Industrialisierung** wegen zu hoher Energie- und Bürokratiekosten und ein hoher Nachholbedarf bei der **Digitalisierung**.
- Das Doping durch schuldenfinanzierte Ausgaben-programme mit niedrigsten Zinsen ist vorbei. Deshalb ist jetzt die **Zeit der Wirtschafts- und Strukturpolitik** – und damit auch der deutschen Politik. Die Herausforderungen können mit entschlossenen Maßnahmen bewältigt werden. Dabei sind drei Punkte besonders wichtig:
- Erstens: Die Zahl der **Fachkräfte** in Deutschland wird bis 2040 um 3,1 Mio. Menschen (8,8 %) zurückgehen. Das betrifft vor allem nichtakademische Qualifikationen. In den

nächsten fünf Jahren kann nur die Hälfte des Bedarfs der Fachkräfte mit sog. MINT¹-Qualifikationen gedeckt werden. Es fehlen also vor allem Facharbeiter.

- Wenn eine alternde Gesellschaft stark konsumiert, aber immer weniger produziert, wirkt das dauerhaft inflationstreibend und lässt unser Sozialsystem erodieren. Um den Arbeitskräftebedarf zu decken, benötigt Deutschland deshalb die **Zuwanderung arbeitswilliger und arbeitsfähiger Menschen** in einer Größenordnung von bis zu 400.000 jährlich.
- Gezielte Zuwanderung wird organisatorisch und mental nur möglich sein, wenn die irreguläre Migration entschlossen und wirksam verringert und gleichzeitig ein modernes Einwanderungssystem geschaffen wird.
- Zudem wird es notwendig sein, Menschen für eine längere Lebensarbeitszeit zu gewinnen, um die Wohlstandsbalance zu sichern.
- Zweitens: Die Verfügbarkeit und der Preis von **Energie**. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, sind bis 2045 allein in der deutschen Wirtschaft Investitionen in Höhe von etwa 6 Prozent des jährlichen BIP erforderlich. Der zusätzliche Kapitalbedarf wirkt zinstreibend. Gleichzeitig steigt der CO₂-Preis. Das wird sich in dauerhaft hohen Energiepreisen niederschlagen.
- Für den Erhalt des volkswirtschaftlichen Wohlstands ist es deshalb entscheidend, die Wende hin zu vergleichsweise günstigeren **regenerativen Energien**, möglichst schnell zu vollziehen. Der Schlüssel dafür sind der schnellere Ausbau der Leitungsnetze und der Speichertechnologien. Mit den heutigen komplizierten und langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren ist das nicht möglich. Sie müssen deshalb jetzt wirklich und schnell verkürzt und entschlackt werden. Man hat beim Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel gesehen, was geht. Das Deutschlandtempo darf aber nicht nur ein einmaliges Erlebnis bleiben.
- Drittens: Die **Digitalisierung** ist ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung einer ganzen Reihe struktureller Probleme Deutschlands. Vor allem die Künstliche Intelligenz ist dabei ein Hoffnungsträger. Zwei Drittel der heutigen Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt durch KI tangiert. Allein durch die generative² KI kann nach Schätzungen bis zu ein Viertel der derzeit von Menschen verrichteten Arbeit ersetzt werden.
- Darin liegt die Chance einer deutlich höheren **Produktivität**. Darauf ist gerade Deutschland in Zeiten fehlender Arbeitskräfte dringend angewiesen. Teilweise werden durch KI Steigerungen des jährlichen globalen BIP von bis zu 7 Prozent prognostiziert. Wir sind da vorsichtiger, gleichwohl wird ein entschlossener Einsatz von KI auch in Deutschland zu nennenswerten Wirtschaftsimpulsen führen. Die öffentliche Hand sollte deshalb hier einen Schwerpunkt setzen und auch die öffentliche Infrastruktur,

¹ MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

² Generative KI = Technologie, die „neue“ Inhalte synthetisch erzeugt, z.B. Text, Bilder, Video- oder Audio-Inhalte

etwa im Genehmigungswesen, jetzt endlich digital modernisieren. Estland etwa zeigt, was hier möglich ist.

- Ein Punkt ist mir in diesem Zusammenhang aber ganz besonders wichtig: Die **mentale Verfassung** unseres Landes. Deutschland hat aktuell zwar Probleme, wir sind aber immer noch stark genug, um diese Probleme lösen zu können.
- Der Mittelstand ist das starke wirtschaftliche Fundament unseres Landes – mit sehr guter Kapitalausstattung, ausreichender Liquidität und hoher Innovationskraft. Aber auch dieses Fundament darf nicht überlastet werden. Der Mittelstand braucht mehr unternehmerische Freiheit und Freiräume, vor allem durch den Abbau von bürokratischen Lasten. Deutschland kann und muss sich hier entfesseln.

Themenfeld 2: Zinsentwicklung:

Leitfrage: Mit welcher Entwicklung müssen Verbraucher:innen und Unternehmen rechnen und wie sollten sie sich selbst entsprechend klug verhalten?

Kernaussagen von DSGVO-Präsident Helmut Schleweis:

- Die Phase zweistelliger Inflationsraten ist überwunden. Die geldpolitische Straffung wirkt, die sehr hohe **Inflation geht zurück**. Mit weiteren Zinserhöhungen im Euro-Land rechnen wir deshalb in absehbarer Zeit nicht mehr und raten dazu, die Wirkungen der drastischen Zinserhöhungen jetzt erst einmal abzuwarten. Erste Leitzinssenkungen sind allerdings frühestens Ende 2024 zu erwarten.
- So lange die **Inflationsraten** allerdings auf erhöhtem Niveau bleiben, müssen Anleger mit einer negativen oder bestenfalls sehr niedrigen **Realverzinsung** rechnen. Mit Tagesgeld kann man unter diesen Bedingungen die Inflation kaum schlagen. Die öffentliche Fixierung auf Tagesgelder ist deshalb keine gute Anlageempfehlung.
- Kaufkrafterhalt funktioniert auf längere Zeit hin am besten über breit gestreute **Wertpapieranlagen**. Dazu müssen Anleger bereit und in der Lage sein, Wertschwankungen auszuhalten. Denn nach unserer Einschätzung bewegen sich die Aktienmärkte kurzfristig mit hohen Schwankungen seitwärts. Mittelfristig profitieren sie wieder von globalem Wachstum und dem Umbau der Wirtschaft mit Blick auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit.
- Die neue Inflations- und Zinswelt, die Schwankungen an den Kapitalmärkten und das Phänomen des negativen oder zumindest sehr niedrigen Realzinses machen für die Breite der Bevölkerung eine **gute Beratung** zwingend. Wir kämpfen deshalb dafür, für Kleinanleger keine neuen Hürden auf dem Weg zur Beratung aufzubauen. Solche Hürden entstehen, wenn eine Beratung auch dann bezahlt werden müsste, wenn es gar nicht zum Abschluss kommt. Oder wenn nicht mehr über volumenbezogene Provisionen die Beratung von Kleinanlegern solidarisch mitfinanziert würde. In der EU

darf es kein Verbot der Provisionsberatung und keine Pflicht zur Honorarberatung geben.

Themenfeld 3: Bankenregulierung und Nachhaltigkeit

Leitfrage: Was bedeutet es für Unternehmen und Verbraucher:innen, dass mit der Finanzmarkt- und Banken-Regulierung immer mehr Kapital in nachhaltige (ökologische) Verwendungszwecke gelenkt werden soll und wie kann man sich darauf vorbereiten bzw. davon profitieren?

Kernaussagen von Karolin Schriever:

- Helmut Schleweis hat bereits davon gesprochen, dass für einen wirksamen **Klimaschutz erhebliche Investitionen** erforderlich sind. Notwendig sind dafür Rahmenbedingungen, die Investitionen und die betriebswirtschaftliche Rentabilität klimafreundlicher Geschäftsmodelle nicht behindern, sondern fördern.
- Die **regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen** zum Thema Nachhaltigkeit sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die EU verpflichtet sukzessive Kreditinstitute, Investoren, Versicherungen und Unternehmen auf Basis der EU-Taxonomie-Verordnung und der damit verbundenen Offenlegungsverpflichtungen, die Nachhaltigkeit messbar zu machen und die Ergebnisse zu berichten.
- Wir halten das Ziel der politischen Maßnahmen für richtig, den gewählten Weg über eine Vielzahl bürokratischer Anforderungen aber für falsch. Eine detaillierte politische Steuerung der Marktakteure schränkt den **Markt** und damit die unternehmerische Kreativität ein, die zu schnelleren und besseren Lösungen führen würde. Es sollte aus unserer Sicht darum gehen, wirtschaftliche Anreize für Klima-Verbesserungen zu setzen statt neue Bürokratielasten zu schaffen.
- Bei Klimafolgen handelt es sich um negative externe Effekte wirtschaftlicher Aktivitäten. Diese werden aber meist wirtschaftlich nicht von den eigentlichen Verursachern, sondern von der Gesellschaft insgesamt getragen. Damit werden sie bei der **Bepreisung** von Gütern nicht hinreichend berücksichtigt. In einer Marktwirtschaft ist aber der Preis das wirksamste Mittel, um Verhalten zu beeinflussen.
- Statt durch staatliche Regulierung Kapital in politisch gewünschte Zwecke lenken zu wollen, wäre es aus unserer Sicht besser, den Ressourcenverbrauch mit einem Preis zu belegen und damit zum festen Bestandteil einer jeden wirtschaftlichen Kalkulation zu machen. Möglich ist dies durch eine **symmetrische CO2-Steuer**. Sie sollte nicht nur die Neuemissionen von CO2 bepreisen, sondern auch eine Entlohnung für die Absorption von CO2 aus der Atmosphäre vorsehen. Ein solcher Preismechanismus ist in Marktwirtschaften einer Verbotspolitik weit überlegen.
- Eine **CO2-Bepreisung schafft Anreize** für Unternehmen und Einzelpersonen, ihre Emissionen zu reduzieren. Sie überlässt es dem Markt, die effizientesten Wege zur Emissionsreduktion zu finden. Das generiert staatliche **Einnahmen**, die dann für

Investitionen in erneuerbare Energien, klimafreundliche Infrastruktur und nicht zuletzt zum sozialen Ausgleich für übermäßige Belastungen Einzelner eingesetzt werden können.

- Es muss allerdings vermieden werden, dass eine solche CO₂-Bepreisung zur **Verlagerung von Emissionen** in Länder mit schwächeren Umweltstandards führt. Deshalb halten wir es für wichtig, dass bei internationalen Tagungen wie dieser für ein möglichst gemeinsames Vorgehen – zumindest der Industrieländer – geworben wird.
- Ich mache zudem darauf aufmerksam, dass sich das Problem der **Umgehung auch bei europäischen Regulierungen** stellt. Auch dort besteht die Gefahr, dass Unternehmen mit umweltschädlichen Wirtschaftstätigkeiten in weniger regulierte Märkte ausweichen. Nachhaltigkeit als globale Herausforderung braucht deshalb immer internationale Kooperation. Marktwirtschaftliche Lösungen sind dabei besser als staatliche Lenkungen.
- Die Notwendigkeit zur globalen Kooperation besteht auch bei den **Standards zu Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichterstattung**. Kapitalmärkte sind heute international ausgerichtet. Europäische Standards (EU-CSR-D-Berichterstattung vs. ISSB-Berichterstattung) sind bei international ausgerichteten Anlagestrategien heute allerdings kaum einzuhalten. Asset Manager können mit europäischen Standards internationale Portfolien kaum bewerten. Unterschiedliche Verständnisse von Nachhaltigkeit führen aber dazu, dass Kunden nicht nachvollziehen können, was in nachhaltigen Finanzprodukten wirklich drin ist. Die Folge sind erhebliche Unsicherheiten von Anlegern. Es besteht die Gefahr, dass der gute Wille zu nachhaltigen Anlagen so eher erodiert.
- Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen wichtigen Gedanken zur Bedeutung der **Globalisierung** äußern. Wir erleben ja, dass sie ihren Höhepunkt überschritten hat und Renationalisierungen und Protektionismus wieder um sich greifen.
- Aus deutscher Sicht führt De-Globalisierung zu schmerzlichen Wertschöpfungs- und damit **Wohlstandsverlusten**. Denn unsere Wirtschaft ist exportorientiert und auf internationale Arbeitsteilung aufgebaut. Eine Re-Nationalisierung oder auch nur Re-Europäisierung unserer Wirtschaft wäre mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Das ifo-Institut kommt zum Ergebnis, dass uns die Rückverlagerung der Produktion nach Deutschland 9,7 %, eine Rückverlagerung in die EU 4,2 % unseres BIP kosten würde. Deutschland hat deshalb ein originäres wirtschaftliches Interesse, für gute internationale Beziehungen und für möglichst ungestörten globalen Handel einzutreten. Das erfordert, in der Außenpolitik sensibel und verständnisvoll auch für andere Wertevorstellungen aufzutreten. Deutschland sollte einen klaren moralischen Kompass haben, aber nicht der Lehrmeister der Welt sein wollen.